

Freitag, 30. Mai 2014

# Wirtschaft

26

VVK Vorsorge- und Vermögenskonzepte AG

**Frühpension – geht das?**

www.feierabend-gespraech.ch



Willy Graf

## DIE ZAHL

# 260

Millionen Euro dürfte die neue zentrale Bankenaufsicht in der Eurozone pro Jahr kosten. Das schätzt die Europäische Zentralbank (EZB), die per kommenden 4. November die Oberaufsicht über die Banken in der Eurozone übernehmen soll. Bezahlen sollen dafür laut



einem Entwurf der EZB alle Geldinstitute, wobei ihr Beitrag von ihrer Grösse und Bedeutung abhängt. Die Bandbreite werde von 2000 Euro für die kleinsten Banken bis etwa 15 Millionen Euro für die grössten Geldhäuser liegen. Die EZB geht davon aus, dass 60 Prozent der veranschlagten 260 Millionen Euro Personalkosten sein werden; rund 800 Experten bei der EZB sollen künftig die Banken beaufsichtigen. Für operative Kosten wie Reisen, Informatik und externe Beratungen veranschlagt die EZB 30 Prozent des Budgets, der Rest ist für die Büroräume in Frankfurt am Main vorgesehen. (dpa)

## Milliarden-Deal: Apple kauft Beats

**CUPERTINO.** Apple übernimmt für 3 Mrd. \$ den Kopfhörer-Hersteller Beats mit dem Streaming-Dienst Beats von Star-Rapper Dr. Dre und Musikproduzent Jimmy Iovine. Der Konzern bestätigte am Mittwochabend die mit Abstand grösste Übernahme der Firmengeschichte.

Apple hat es dabei vor allem auf den rasant wachsenden Markt für das Streamen von Musik aus dem Internet abgesehen. Hier hat Apple bislang das Nachsehen, und Beats ging Anfang dieses Jahres mit einem hochgelobten Dienst an den Start.

Die Gründer von Beats werden künftig zum Apple-Topmanagement gehören. Apple kauft sich mit Beats eine Eintrittskarte ins Geschäft mit Abo-Diensten, bei denen man für einen monatlichen Festbetrag Millionen Songs abrufen kann. In diesem Bereich gilt die schwedische Firma Spotify als treibende Kraft, hat aber auch viele Konkurrenten. (dpa)

## Argentinien zahlt Schulden zurück

**PARIS.** Argentinien hat sich mit seinen internationalen Geldgebern auf die Rückzahlung seiner Schulden aus der Zeit der Staatspleite im Jahr 2001 geeinigt. Bis Mai 2015 soll das Land zunächst Ausstände von 1,15 Mrd. \$ begleichen. Der Paris Club der Gläubigerstaaten machte gestern ein entsprechendes Abkommen öffentlich. Der gesamte Schuldentilgungsplan erstreckt sich über fünf Jahre. Insgesamt steht Argentinien mit 9,7 Mrd. \$ bei den Industriestaaten, darunter der Schweiz, in der Kreide. Es war bisher wegen seiner Weigerung, sich mit den Gläubigern zu einigen, weitgehend von den Kapitalmärkten ausgeschlossen. (afp)

# Freihandel rund um den Pazifik

Dank Fortschritten in den Verhandlungen über eine Pazifik-Freihandelszone hofft das Dutzend beteiligter Länder auf einen Abschluss noch 2014. Neben Zugeständnissen Japans bei Agrargütern besteht Einigkeit beim geistigen Eigentum.

CHRISTIAN MIHATSCH

**PHNOM PENH.** US-Präsident Barack Obama strebt eine Neuorientierung der Aussenpolitik der USA an: Neu soll das Augenmerk der Supermacht auf Asien liegen. Diese Stossrichtung hat zwei Komponenten: eine militärische und eine wirtschaftliche. Auf Obamas letzter Asienreise im April stand das Militärische im Vordergrund: Zum einen hat er Japan versichert, dass das gemeinsame Verteidigungsabkommen auch für die zwischen Japan und China umstrittenen Senkaku-Inseln gilt. Und auf den Philippinen hat er die Nutzung lokaler Militärbasen durch die US-Armee vereinbart, denn auch Manila sieht sich mit Gebietsansprüchen Chinas konfrontiert. Zum anderen verhandeln derzeit zwölf Länder über eine Freihandelszone rund um den Pazifik: die Trans-Pazifische Partnerschaft (TPP). Dieses Dutzend bilden die USA, Kanada, Japan, Australien, Neuseeland, Mexiko, Chile, Peru, Singapur, Malaysia, Vietnam und Brunei. Zudem haben Südkorea und Taiwan Interesse angemeldet.

## Abe legt sich mit Bauern an

Mit der TPP hoffen die USA, einen Handelsvertrag für das 21. Jahrhundert schliessen zu können, der auch Vorgaben für den Schutz geistigen Eigentums oder die Rolle von Staatsunternehmen umfasst. Die grössten Schwierigkeiten bereiten jedoch Agrarprodukte. Doch hier gibt es nun Bewegung. In der letzten Verhandlungsrunde, die vergangene Woche in Singapur zu Ende ging, hat Japan erstmals Zugeständnisse bei bisher eisern verteidigten Produkten gemacht: Rind- und Schweinefleisch. Bei Schweinefleisch will Tokio den Mindesteinfuhrpreis reduzieren, und bei Rindfleisch bietet Japan eine Reduktion des Zollsatzes von 38,5% auf 9% an.

Für Koya Nishikawa, Leiter der TPP-Arbeitsgruppe in Japans Regierungspartei, zeigen die Zugeständnisse, wie wichtig die Verhandlungen für Tokio sind: «TPP ist der wichtigste Pfeiler in



Bild: epa/Everett Kennedy Brown

Japan will die Reisproduktion erhöhen. Das soll den Reispreis senken und es erlauben, die horrenden Zölle zu reduzieren.

der Wachstumsstrategie von Premier Shinzo Abe. Je schneller es ein Abkommen gibt, desto besser.» Dass Abe dafür sogar bereit ist, die japanische Bauernlobby herauszufordern, hat er bereits 2013 bewiesen: Er will das Gen-Tax-System abschaffen, bei dem Bauern dafür bezahlt werden, keinen Reis anzupflanzen. Dadurch soll sich der Reispreis in Japan halbieren. Dann wäre auch eine Senkung des Zolls auf Reis von aktuell 777,7% möglich.

## Musik und Medikamente

Einen Durchbruch gab es zudem in den Verhandlungen über den Schutz geistigen Eigentums: Bücher und Musik sollen in Zukunft bis 70 Jahre nach dem Tod des Urhebers geschützt bleiben. Das entspricht einer Forderung der USA. Diese haben im Gegenzug Zugeständnisse beim Patentschutz für Medikamente ge-

## Transatlantik-Gespräche

Die USA verhandeln nicht nur mit elf anderen Pazifikländern über eine Freihandelszone, sondern auch mit der EU. Der Vertrag mit der EU firmiert unter dem Akronym TTIP, was für Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft steht. Ähnlich wie beim TPP-Abkommen sind Agrarprodukte die grösste Hürde: Zuletzt hat die deutsche Kanzlerin Angela Merkel versichert, dass sie einen schnellen Abschluss der Verhandlungen wolle, dass aber weder US-Hormonfleisch noch mit Chlor gewaschene Poulets von dem Abkommen profitieren dürften.

Wo genau die Verhandlungen stehen, ist aber unklar, da im geheimen verhandelt wird. Mit einem Abschluss der TTIP-Ver-

handlungen wird derzeit frühestens Ende 2015 gerechnet, so dass die Ratifizierung im Jahr der nächsten US-Präsidentenwahlen 2016 erfolgen müsste.

Am kommenden 1. Juli tritt das Freihandelsabkommen zwischen den vier Efta-Ländern Schweiz, Liechtenstein, Norwegen und Island sowie den Staaten des Golfkooperationsrats (Bahrain, Kuwait, Oman, Qatar, Saudi-Arabien) und Vereinigte Arabische Emirate) in Kraft. Dadurch fallen die meisten Zölle auf Industriegüter komplett weg, und auch der Export von Lebensmitteln in die Golfstaaten wird erleichtert. Laut einer Studie der Universität Zürich spart die Schweizer Exportindustrie so bis zu 246 Mio. \$ an Zollgebühren pro Jahr. (mic)

macht. In Industriestaaten sollen neue Medikamente für zehn Jahre nach Markteinführung Patentschutz geniessen. In Entwicklungsländern gilt der Schutz aber nur fünf Jahre, damit rascher günstige Generika auf den Markt gebracht werden können.

## Die Zeit drängt

Dank dieser Fortschritte zeigen sich die Handelsminister vorsichtig optimistisch, dass die Verhandlungen noch 2014 abgeschlossen werden können. Die Zeit drängt auch: Ende Jahr werden das US-Repräsentantenhaus und ein Teil des Senats neu gewählt. Und 2015 beginnt der Wahlkampf für die Präsidentenwahlen 2016. Dann wird es schwierig, einen Freihandelsvertrag durch den US-Kongress zu bringen. Denn selbst in Obamas Demokratischer Partei gibt es viele Gegner des Abkommens.

## Hoffen auf den Welthandel

Das Bruttoinlandprodukt der Schweiz ist im ersten Quartal leicht gestiegen. Doch die Konjunktur steht auf wackligen Beinen.

**BERN.** Die Schweizer Wirtschaft brummt – zumindest auf den ersten Blick. Das Bruttoinlandprodukt (BIP) stieg im ersten Quartal um 2% gegenüber dem Jahresauftakt 2013. Gegenüber dem Vorquartal betrug das Wachstum 0,5 Prozent. Doch die Konjunktur steht auf wackligen Beinen.

## Bauwirtschaft profitierte

Sondereffekte hätten eine massgebliche Rolle gespielt, kommentierte das Wirtschaftsforschungsinstitut BAK Basel am Mittwoch die jüngsten BIP-Zahlen des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco). So habe etwa die Bauwirtschaft von einem ausserordentlich günstigen Winter profitiert, teilte BAK Basel mit. Das Baugewerbe wuchs im ersten Quartal um 6,4% gegen-

über dem Jahresauftakt 2013. Die Bauinvestitionen legten laut Seco-Angaben sogar um 11,5% zu.

Auch der starke Anstieg gegenüber dem Vorquartal bei den Güterexporten ist laut BAK Basel mit Vorsicht zu geniessen. Denn das Wachstum von 2% – Edelmetalle und Diamanten nicht mitgerechnet – gleiche den Rückgang im letztjährigen Schlussquartal aus. Damals sanken die Warenexporte um 1,7%. Zugelegt haben dabei vor allem die Pharma- und Chemieexporte. In den restlichen Güterklassen wie Maschinen/Elektronik und Präzisionsinstrumente/Uhren/Bijouterie entwickelten sich die Exportzahlen hingegen leicht rückläufig.

Im Inland enttäuschten laut den Basler Forschern die Investi-

tionen und der Konsum. So wuchs der private Konsum gegenüber dem Vorquartal nur um 0,1%. Der staatliche Konsum ging gar um 0,8% zurück. Diese Entwicklung habe mit einer rückläufigen Beschäftigung im öffentlichen Sektor zu tun, sagte Bruno Parnisari, Leiter des Ressorts Konjunktur beim Seco.

## Seco bleibt bei seiner Prognose

Für ein stabiles BIP-Wachstum braucht es laut Parnisari eine Erholung des Welthandels. Doch er zeigt sich optimistisch: «Der Welthandel sollte an Dynamik gewinnen.» Davon werde auch die Schweizer Wirtschaft profitieren. Im Moment halte das Seco an seinen Wachstumsprognosen fest. Es rechnet für das laufende Jahr mit einem Wachstum von 2,2%. (sda)

## Auch Zementfirma Holcim von Kartellstrafe betroffen

**SÃO PAULO.** Die brasilianische Kartellbehörde hat gegen sechs Zementhersteller, darunter die Schweizer Holcim, wegen Preisabsprachen eine Milliardenstrafe verhängt. Die Firmen müssen zusammen umgerechnet 1,2 Mrd. Fr. zahlen, wie die Kartellwächter am Mittwoch mitteilten. Laut Entscheidung muss allein der brasilianische Marktführer Votorantim umgerechnet 600 Mio. Fr. zahlen. Die Busse von Holcim beläuft sich auf rund 203 Mio. Franken.

## Während 20 Jahren Absprachen

Laut Kartellbehörde sprachen sich die Unternehmen zwei Jahrzehnte lang ab, um Konkurrenten vom Markt zu drängen. Sie müssen dem Entscheid zufolge auch ihr Geschäft auf grossen Märkten verkleinern und gegenseitige Beteiligungen abtosschen.

Die Hersteller hatten argumentiert, dass es für Preisabsprachen keine Beweise gebe.

Neben Holcim sind auch Cimpor Cimentos de Portugal sowie Votorantim Cimentos, Intercelement Brasil, Itabira Agro Industrial und Cia de Cimentos Itambe betroffen. Auf sie entfallen drei Viertel des Zement- und Betonmarktes in Brasilien. «Dieses Kartell war so mächtig, dass es ein klares strategisches Ziel gab», sagte Kartellwächter Marcio de Oliveira Junior.

## Holcim will Rekurs einlegen

Votorantim kündigte an, gegen den Entscheid juristisch vorzugehen. Auch Holcim will sich gegen die Strafe wehren. Die brasilianische Tochterfirma habe sich stets an das Gesetz gehalten, teilte der Konzern gestern mit. (sda)